



## Antrag Kreistag

Sitzungsdatum: 21.09.2006

Vorlage Nr.: 0198/2006/V

Tagesordnungspunkt	6.2	- öffentlich -
Betreff:		
<b>Resolution des Kreistages des Oberbergischen Kreises zu Ausbau und Verlängerung der Bahnlinie RB 25</b>		

### **Resolution des Kreistages des Oberbergischen Kreises zu Ausbau und Verlängerung der Bahnlinie RB 25**

Der Kreistag des Oberbergischen Kreises fordert die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf, die geplanten Maßnahmen zur Beschleunigung der Regionalbahn 25 Köln – Marienheide, die Einführung des 30-Minuten Taktes auf dem Abschnitt Overath – Engelskirchen und die Betriebsaufnahme auf dem Streckenabschnitt Marienheide – Lüdenscheid wie vorgesehen zu ermöglichen. Das Reaktivierungsvorhaben wird im Oberbergischen wie im Märkischen Kreis nach wie vor als bedeutende verkehrliche Verbesserung gewertet. Diese Auffassung wird von den Zweckverbänden Verkehrsverbund Rhein-Sieg und Ruhr-Lippe geteilt. Aus diesem Grunde appelliert der Oberbergische Kreis an die Landesregierung, das in der Integrierten Nahverkehrsplanung des Landes als indisponibel eingestufte Vorhaben auch bei veränderten finanziellen Rahmenbedingungen fortzusetzen und den beteiligten Zweckverbänden die erforderlichen Mittel für eine Bestellung der Betriebsleistungen zu gewähren.

### **Begründung**

Im Jahre 2000 wurde die SPNV-Reaktivierung Gummersbach – Brügge in den ÖPNV-Ausbauplan (Stufe1) des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen. Am 20. April 2003 konnte dann auf dem Streckenabschnitt Gummersbach – Marienheide der Schienenpersonenverkehr wieder aufgenommen werden. Seitdem verkehren dort im Stunden-Takt Züge von und nach Köln. Im Rahmen einer Grundsanierung wurde im

Jahre 2003 der Oberbau des Streckenabschnittes zwischen Marienheide und Meinerzhagen wieder hergestellt. Ende 2003 / Mitte 2004 erfolgte eine Bestellzusage für den SPNV-Betrieb durch den Verkehrsverbund Rhein-Sieg und den Zweckverband Ruhr-Lippe. Mitte 2005 wurde eine Planungsvereinbarung zwischen der Deutsche Bahn AG und dem Land Nordrhein-Westfalen abgeschlossen und Anfang 2006 erfolgte die Freigabe der Planung durch die Deutsche Bahn AG und die Einleitung der Planungsarbeiten.

Der Regionalrat Arnsberg hat in seiner Sitzung am 09. Februar 2006 den Regionalen Priorisierungsvorschlag für Maßnahmen des Verkehrsinfrastrukturbedarfsplans für den Regierungsbezirk Arnsberg beschlossen. Die im Regionalrat auch unter Mitwirkung der Vertreter des Märkischen Kreises herbeigeführte Beschlussfassung umfasst die Einstufung der Wiedereinführung des Personenverkehrs auf der Bahnstrecke Gummersbach-Lüdenscheid/Brügge als indisponibles Vorhaben in der (höchsten, dringlichsten) Stufe 1. In der Sitzung am 17. Februar 2006 hat der Regionalrat Köln entsprechend zur Reaktivierungsmaßnahme Gummersbach – Lüdenscheid-Brügge beschlossen.

Am 11.5.2006 hat der Bau- und Verkehrsausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen das Einvernehmen zur Integrierten Gesamtverkehrsplanung und zum Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan (Teil Schiene) hergestellt. Damit ist der Bedarfsplan Schiene 2006 für das Land Nordrhein-Westfalen verabschiedet. Unter der lfd. Nr. 1 der indisponiblen Vorhaben im Netz der DB AG ist die Reaktivierungsmaßnahme Gummersbach – Lüdenscheid, Brügge aufgeführt.

Die aufgeführten Beschlussfassungen sind weichenstellend für die Reaktivierung der Bahnstrecke. Die erfolgte Kürzung der Regionalisierungsmittel steht dem Ausbau der Bahnverbindung insoweit nicht entgegen, als es bei der Finanzierung der erforderlichen Baumaßnahmen ausschließlich um die Bereitstellung von Investitionsmitteln nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz geht. Werden diese Investitionsmittel regional und damit lokal-kommunal nicht eingefordert, gehen sie hier zugunsten anderer Regionen verloren. Nicht übersehen werden sollte im übrigen, dass die DB schon erhebliche Eigenmittel in der Reaktivierungsmaßnahme und der Sanierung der Zubringerstrecke Meinerzhagen – Krummenerl eingesetzt hat, was bei einem Abbruch der Maßnahme ggf. Schadenersatzansprüche der DB gegenüber dem Land auslösen würde.

Straße und Schiene sind unverzichtbare Bestandteile der regionalen Verkehrsinfrastruktur. Diese wiederum zählt zu den wichtigsten Standortfaktoren für Industrie, Handel und Gewerbe einschließlich Gastronomie und Beherbergung. Mobilität wird zunehmend zur Herausforderung für breite Bevölkerungsschichten und

bedingt gerade in ländlich strukturierten Gebieten optimierte Vertaktungen und Vernetzungen öffentlicher Verkehrsangebote. Sie waren und bleiben Voraussetzung für die Prosperität gewährleistende Anbindung des Bergisch – Märkischen Raumes an die Ballungsräume von Rhein und Ruhr.